

Uwe Schimank

Politische Gesellschaftsgestaltung heute – sozial- und gesellschaftstheoretische Erwägungen angesichts von Transformationsvorhaben wie der „Energiewende“ *♦

Zusammenfassung

Großvorhaben politischer Gesellschaftsgestaltung wie die „Energiewende“ können Anlass für eine sehr grundsätzlich ansetzende sozial- und gesellschaftstheoretische Reflexion der Rolle des Staates in der Moderne sein. Auf dieser Linie werden für die Frage politischer Gesellschaftsgestaltung relevante Überlegungen aus der soziologischen Gesellschafts- und Sozialtheorie vorgestellt. Nach einer Erinnerung an die Nicht-Selbstverständlichkeit derart großangelegter politischer Gestaltungsambitionen werden mehrere einander überlagernde gravierende Limitationen politischer Gestaltbarkeit von Vorhaben dieses Maßstabs aufgeführt: Das Komplexitätsprofil des relevanten gesellschaftlichen Geschehens; die funktional differenzierte und kapitalistische Ordnung der modernen Gesellschaft; Legitimitätsbedarfe in demokratischen politischen Ordnungen; Nationalstaaten unter Globalisierungsdruck.

Schlagworte: gesellschaftliche Komplexität; funktionale Differenzierung; Kapitalismus; Globalisierung; Legitimität

Abstract

Politics of Shaping Contemporary Societies – Reflections from Sociological Theory in View of Transformation Projects like the „Energiewende“

Large-scale projects of political redesign of society such as the German ‘energy turn’ are occasions for a fundamental sociological reflection on the role of the state in modern society. Along this line, this article comments on relevant debates about political steering of societal change from the perspectives of social theory and theories of modern society. After a reminder that political ambitions to reshape society on a large scale are far from being a matter of course, several overlapping principal limitations of such efforts are discussed: the complexity profile of the respective societal structures and dynamics; functional differentiation and the capitalist societal order; the legitimacy requirements of a democratic political order; and the globalization pressures on nation states.

Keywords: societal complexity; functional differentiation; capitalism; globalization; legitimacy

1 Einleitung

Die „Energiewende“ als Großvorhaben politischer Gesellschaftsgestaltung geht in der westlichen Moderne nicht „am Staat vorbei“ (Ronge, 1980). Was daran so aussehen mag, als ob gesellschaftliche Akteure es jenseits des Staates gestalten können, ist ihnen tatsächlich vom Staat überlassen worden – etwa als „verordnete Selbststeuerung“ (Glagow, 1984) oder als korporatistische Verhandlungen. Zwar mögen solche partiellen staatlichen Gestaltungsverzichte zugunsten nicht-staatlicher Akteure den politischen

Kräfteverhältnissen geschuldet sein. Doch der Lackmustest kommt, wenn die *policies* nicht-staatlicher Akteure nicht funktionieren: Dann rufen alle nach „Vater Staat“ (Schimank, 2009b) als Letztverantwortlichem fürs „Gemeinwohl“. Was freilich nicht heißt, dass er es immer richten kann.

Genau das ist die Problematik auch bei der „Energiewende“: Zu viel Sollen und auch davon angestacheltes Wollen, zu wenig Können. An staatliche Politik werden enorme Gestaltungsansprüche gerichtet, und Regierungen machen sich diese Ansprüche zu Eigen – aber was davon ist einlösbar? Solche Zweifel kommen bereits angesichts vieler politikwissenschaftlicher Untersuchungen auf, die sich mit aktuellen nationalen Regierungskonstellationen, spezifischen institutionellen Ausprägungen des staatlichen oder supranationalen Mehrebenensystems oder den Kräfteverhältnissen zwischen relevanten Interessengruppen beschäftigen. Noch größere Zweifel angesichts von Großvorhaben politischer Gesellschaftsgestaltung erwachsen aus viel grundsätzlicher ansetzenden gesellschaftstheoretischen Reflexionen der Rolle des Staates in der Moderne sowie aus sozialtheoretischen Einschätzungen des Komplexitätsbewältigungspotentials von Akteuren. Im Folgenden will ich auf dieser Linie für die Frage politischer Gesellschaftsgestaltung relevante Überlegungen der soziologischen Gesellschafts- und Sozialtheorie vorstellen. Zunächst einmal erinnere ich an die Nicht-Selbstverständlichkeit derart großangelegter politischer Gestaltungsambitionen. Daran anschließend führe ich, an einschlägige sozial- und gesellschaftstheoretische Diskussionen erinnernd, mehrere einander überlagernde Limitationen politischer Gestaltbarkeit von Vorhaben dieses Maßstabs auf:

- das Komplexitätsprofil des relevanten gesellschaftlichen Geschehens,
- die funktional differenzierte und kapitalistische Ordnung der modernen Gesellschaft,
- Legitimitätsbeschaffung in demokratischen politischen Ordnungen sowie
- Nationalstaaten unter Globalisierungsdruck.

Nicht nur, dass diese Liste unvollständig ist – ich kann und muss es für jeden Punkt auch nur bei kurzen Stichworten für Eingeweihte belassen. Das muss reichen, um immer wieder folgende Botschaft zu verdeutlichen: Die hier vorgelegte analytisch geordnete Checkliste von Gesichtspunkten und Argumenten ist zugegeben ein ganzes Stück weit weg von dem, was die anderen Beiträge dieses Themenschwerpunkts sehr viel „bodenständiger“ beschäftigt, aber ebenfalls von Belang, will man die Schwierigkeiten politischer Gesellschaftsgestaltung in Vorhaben wie der „Energiewende“ verstehen. Es geht hier um Schwierigkeiten, die sozusagen in der DNA der westlichen Moderne verankert sind – nicht „nur“ in jahrhundertealten nationalen Verfassungstraditionen oder in jahrzehntelang „gelebten“ Politiknetzwerken. Anders gesagt, gibt es gesellschaftliche Pfadabhängigkeiten und daraus hervorgehende Limitationen politischer Gestaltung von sehr unterschiedlicher zeitlicher, sachlicher und sozialer Reichweite – was im Übrigen noch nichts über die Prägekraft der langen und der kurzen Pfadabhängigkeiten besagt. Mein Blick auf die langen Pfadabhängigkeiten der westlichen Moderne beansprucht also nicht, die wichtigeren Erklärungsfaktoren für die Schwierigkeiten der „Energiewende“ zu liefern. Ich will lediglich zu bedenken geben, dass die hier behandelten sozial- und gesellschaftstheoretischen Faktoren, die oft als „zu allgemein“ abgetan werden, auch bedeutsam sein dürften – und in manchen Hinsichten vielleicht sogar bedeutsamer als die politikwissenschaftlich zunächst einmal ins Auge fallenden kurzen Pfadabhängigkeiten.

2 Politik als ambitionierte Gesellschaftsgestaltung

Dass Politik Gesellschaftsgestaltung mit Blick auf eine stetige Verbesserung des „Gemeinwohls“ sein soll und will, ist ein genuines Element der Kultur der Moderne (Schimank, 2013, S. 114-150). Auch vorher war der „gute“ Herrscher einer, der seine Untertanen vor Feinden, innerem Unfrieden, Mördern und Dieben – letztlich vor sich selbst – schützte und nicht verhungern ließ. Aber sehr viel weiterreichende Ansprüche an ein „gutes Leben“ in einer „guten Gesellschaft“ wurden nicht an ihn adressiert – schon gar nicht Fortschrittshoffnungen! Zwar gab es bereits in politisch konsolidierten Reichen lange vor Christi Geburt ambitionierte Projekte politischer Gesellschaftsgestaltung wie z. B. den Pyramidenbau in Ägypten oder Bewässerungssysteme dort und in Mesopotamien (Eisenstadt, 1963). Sehr interessant für die energisch Fahrt aufnehmende Moderne ist auch die „... Forstplanung des ausgehenden 18. Jahrhunderts ...“, die „... auf einen Planungshorizont von bis zu 200 Jahren ausgerichtet ...“ war (Czada, 2016, S. 239-240 – Zitat: S. 239). All das war aber sachlich, sozial und zeitlich viel begrenzter als z. B. die „Energiewende“, die sich ja – nimmt man die objektive Problematik ernst – in sämtlichen Lebensbereichen aller Gesellschaftsmitglieder sehr langfristig auswirkt.

Zweifellos gibt es heute viele Beispiele engstirnig eigeninteressierter Politiker, die „Gemeinwohl“ bloß als ideologisches Deckmäntelchen nutzen – nicht nur in „failed states“ in Afrika, auch im Herzen Europas. Rational-Choice-Modelle von Politik behaupten ja sogar, dass allein dies ein realistisches Abbild von Politik sei (z. B. Buchanan & Tullock, 1962; Downs, 1966). Doch festzuhalten ist, dass solche Theorien überwiegend als „zynisch“ eingestuft werden, also dem Selbstverständnis der Moderne gerade nicht entsprechen. Der soziologische Neo-Institutionalismus stellt heraus, dass nicht nur das Individuum und die Organisation, sondern auch der Staat als zentraler Akteur der politischen Sphäre zu den tragenden Akteuren der Moderne gehört (Meyer & Jepperson, 2000) und als solcher der Fortschrittsidee verpflichtet ist, der gemäß das Heute besser als das Gestern ist und das Morgen wiederum besser als das Heute sein wird (Schimank, 2013, S. 119-131).

Das Ausmaß des Staatsvertrauens variiert allerdings beträchtlich zwischen Bevölkerungsgruppen und Nationen (Schimank, 2009b). In Kontinentaleuropa ist „Vater Staat“ ein Akteur, dem traditionell „Systemvertrauen“ (Luhmann, 1969, S. 50-66) entgegengebracht wird, mit entsprechendem Anspruchsdenken z. B. an Umweltschutz. Ganz anders ist es etwa in den USA, wo weithin Staatsmisstrauen und -skepsis herrschen (Münch, 1986, S. 399-414; Benz, 2001, S. 41-43), größere Bevölkerungsgruppen den Staat also – über einen „minimal state“ (Nozick, 1974) hinaus – zum einen eher als Unterdrücker und Ausbeuter, zum anderen als unfähigen und unnötigen, vor allem unnötig teuren, Gesellschaftsgestalter einstufen. Wo Staatsmisstrauen vorherrscht, kann gesellschaftliche Desintegration eintreten, weil keine staatlichen Gegenmaßnahmen als legitim gelten. Wo Staatsvertrauen vorherrscht, besteht umgekehrt das inhärente Risiko einer gesellschaftlichen Überintegration durch eine „übergriffige“ Politisierung aller Gesellschaftsbereiche. Zwischen diesen beiden Extrempolen des bloßen „Nachtwächterstaats“ auf der einen und des oktroyierenden „Gemeinwohl“-Definierers auf der anderen Seite bewegen sich die Verständnisse legitimer moderner Staatlichkeit.

Die „Energiewende“ ist zweifellos ein politisches Vorhaben der Gesellschaftsgestaltung, das sich als Fortschritt ausflaggt – und zwar im Sinne von Ulrich Becks (1986) „reflexiver Moderne“ als zwingend erforderliche und längst überfällige Korrek-

tur einer früheren Fortschrittsvorstellung, die spätestens seit der industriellen Revolution auf eine lange Zeit als unerschöpflich erscheinende fossile Energiebasis von Kohle und Öl gesetzt hatte (Mc Neill & Engelke, 2013). Der erste Korrekturversuch hatte seit den 1950er Jahren noch auf Kernenergie gesetzt, scheiterte aber nicht nur hierzulande an einer die Risiken – ob zu Recht oder zu Unrecht, kann hier dahingestellt bleiben – fürchtenden Bevölkerung. Die jetzige „Energiewende“ findet, nicht zuletzt auch wegen des mit ihr vollzogenen Ausstiegs aus der Kernenergie, sehr viel breiteren öffentlichen Zuspruch – vorerst jedenfalls, solange der hierfür zu zahlende Preis noch nicht fällig ist.¹

In der Energiepolitik scheint der deutsche Staat also erst einmal in dem Sinne „Systemvertrauen“, und keineswegs nur bei den Anhängern der Grünen, zu genießen, dass ganz auf der generellen Linie des kontinentaleuropäischen Staatsvertrauens nur ihm zugetraut wird, die als nötig erachtete „Energiewende“ herbeizuführen. Aktuelle Befragungsergebnisse aus Deutschland zeigen freilich dreierlei: Die Mehrzahl der Bürger akzeptiert die „Energiewende“ als Notwendigkeit; deren politisches Handling wird aber als viel zu langsam eingestuft; man traut stattdessen ersatzweise individueller Verhaltensänderung Einiges zu und ist dazu bereit – auch das allerdings nur, sofern damit keine merklich höheren individuellen finanziellen Belastungen einhergehen (Schmitt, 2018). Die Bevölkerung schwankt also bei diesem politischen *issue* derzeit zwischen dem Staat und dem massenhaften Handeln der Bürger als Träger der „Energiewende“.

Festzuhalten ist dennoch: Das kulturell hegemoniale Staatsverständnis möchte – logisch unzulässig – in starkem Maße von Sollen und Wollen auf Können schließen: Weil an Politik in der Moderne der Anspruch gerichtet wird, die „gute“ Gesellschaft durch gegebenenfalls auch groß dimensionierte Umgestaltungen zu verbürgen, wird ihr per „wishful thinking“ schnell unterstellt, dazu auch in der Lage zu sein. Entsprechende Selbsttäuschungen politischer und staatlicher Akteure erwachsen daraus, und das Hinausposaunen solcher Selbstermächtigungen nährt wiederum nochmals die Anspruchshaltungen der Bürger. Zwar gab es immer auch eine anti-hegemoniale skeptischere Einschätzung der Möglichkeiten von Politik. Doch weitaus populärer ist es immer gewesen, der Politik ganz viel abverlangen zu können, was man als Individuum gerne hätte, ohne es selbst herbeiführen zu können – und nur vorwurfsvoll vorübergehend selbst dort tätig zu werden, wo die Politik versagt.

Ausgehend hiervon machen die folgenden Überlegungen zunächst ein generelles sozialtheoretisches Argument, das sodann in mehreren Schritten gesellschaftstheoretisch eingebettet wird.²

3 Komplexität und Rationalität

Sozialtheoretisch ist politische Gesellschaftsgestaltung, ob durch staatliche oder nicht-staatliche Akteure, als Entscheidungshandeln einzustufen. Dies ist ein Sondertyp von Handeln, der durch bewusste Alternativensondierung charakterisiert ist – im Gegensatz zum viel häufiger vorkommenden Routinehandeln, das immer schon weiß, was in einer gegebenen Situation zu tun ist.³ Das Entscheiden innewohnende Versprechen ist: Wenn Handlungsalternativen anhand von explizierten Kriterien gegeneinander abgewogen

werden, führt das zu einer besseren Wahl, als wenn man einfach das tut, was man immer getan hat oder was einem gerade spontan in den Sinn kommt.

Das Problem dabei ist die Komplexität der Entscheidungssituation: In sachlicher Hinsicht als Fehlen wichtiger Informationen oder als nicht verarbeitbarer Informations-*Overload*, in sozialer Hinsicht als Erwartungsunsicherheit bezüglich des Handelns von Gegenübern oder als Konflikte mit einflussstarken Gegenübern und in zeitlicher Hinsicht als Zeitknappheit. Ambitionierte politische Gesellschaftsgestaltung wie die „Energiewende“ lässt sich dergestalt zugespitzt als „wicked problem“ verstehen (Rittel & Webber, 1973; Danken, Dribbisch & Lange, 2016):

- In der Sachdimension gibt es insbesondere zahlreiche teils manifeste, teils auch latente Wirkungsverflechtungen zwischen Problemdimensionen, also z. B. der Verkehrsmittelpräferenz und dem Radius der Arbeitsplatzsuche.
- In der Sozialdimension handelt es sich um eine extrem ausfasernde Konstellation mit vielen, oft unvermuteten, Vetospielern, so dass mit überraschenden Blockaden – etwa durch Grünen-Sympathisanten, wenn die Stromtrasse deren Grundstück berührt – gerechnet werden muss.
- In der Zeitdimension schließlich geht hoher Zeitdruck – „Eigentlich ist es schon fünf nach zwölf“ – mit einer Verlängerung des Zukunftshorizonts einher, in dem die Wirkungen des Entscheidens gesehen werden sollen. Man müsste sich Zeit nehmen, um all die Zukunftsungewissheiten, die man sich einhandelt, bedenken zu können – doch genau die Zeit hat man nicht (Schimank, Walter & Welbers, 2017).

Oft haben politisch Entscheidende den Eindruck, dass die von ihnen zu bewältigenden Probleme viel komplexer als früher sind. Zum einen kann hier eine Wahrnehmungsverzerrung vorliegen, die die heutige Komplexität über- und die gestrige untertreibt; zum anderen kann sich das heutige Problemportfolio aber auch in der Tat dergestalt anders zusammensetzen, dass sehr komplexe Probleme, die früher eben deshalb fatalistisch hingenommen wurden, nunmehr zu politischen Entscheidungsgegenständen gemacht worden sind.

Noch eine Wahrnehmungsverzerrung kommt hinzu, die der Logik von Politik und deren gewissermaßen zu einfühlsamer politikwissenschaftlicher Beobachtung innewohnt: Dass alles auf die Sozialdimension geschoben wird, also Interessen- und vielleicht sogar Identitätskonflikte als eigentlicher Kern der Entscheidungsprobleme ausgemacht werden.⁴ Um als typische Stimme Roland Czada (2016, S. 226, 236) zu zitieren: „Die Forschungsliteratur zur Planung bezieht sich überwiegend auf die Bewältigung sachlicher Problemlagen und zumeist nur beiläufig auf Akteurkonstellationen, Interaktionsverhältnisse und Governance-Institutionen.“ Und weiter, auf den hier interessierenden Fall bezogen: „Die ‚Energiewende‘ droht ... wie andere längerfristig angelegte Großprojekte an ‚Bad Governance‘ mehr zu scheitern als an mangelnder sachlicher Expertise und technischen Schwierigkeiten.“ Mit der „Forschungsliteratur“ kann nur die aus den *management sciences* stammende, mit einer ingenieurhaften Denke geschriebene gemeint sein – was darauf verweist, dass Ingenieure und Naturwissenschaftler eine ganz andere Sicht auf die „Energiewende“ als Politikwissenschaftler haben. Eine beide Wissenschaftsfelder – die Technik- und Naturwissenschaften auf der einen, die Politikwissenschaft auf der anderen Seite – vergleichend betrachtende Wissenschaftssoziologie empfiehlt: Es könnte sich lohnen, dass die Politikwissenschaft selbstkritisch reflektiert, welche Blickverengungen ihre offenkundige Fixierung auf die Sozialdimension von Komplexität mit sich bringen könnte.

Der Fehlschluss von Wollen auf Können setzt sich jedenfalls, sozialtheoretisch betrachtet, dergestalt fort, dass man sich über die von einer – durchaus als solcher erkannten – Komplexität auferlegten Limitationen des Entscheidens meint hinwegsetzen zu müssen. Je wichtiger ein Thema politischer Gesellschaftsgestaltung genommen wird, desto höher wird der Gestaltungsanspruch gesetzt: Planung als möglichst langfristig angelegter, möglichst viele Informationen verarbeitender und möglichst großen Konsens aller Beteiligten herstellender Entscheidungsmodus (Schimank, 2005b, S. 307-370). Die kulturell hegemoniale Deutung politischen Entscheidens setzt auf Planung, je bedeutsamer ein Problem ist. Dass das Wort „Planung“ diesbezüglich seit langem Pflichtvokabular ist, zeigt das. Aber gerade da, wo am lautesten von „Planung“ geredet wird, steckt zumeist keinerlei Planung drin. Das hatten Charles Lindblom (1959) und Aaron Wildavsky (1964) bereits früh u. a. für die Haushaltsplanung der US-amerikanischen Regierung aufgezeigt und empfohlen, sich zum praktizierten Inkrementalismus als „science of muddling through“ zu bekennen. Vergeblich: Kein Entscheidungsträger traute sich, den Entscheidungsbetroffenen und der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken.

Und so ist es bis heute geblieben. Inkrementalismus lässt sich – wiewohl als „bounded rationality“ (Simon, 1946) längst Nobelpreis-gedelt – politisch nicht verkaufen (Wegrich, 2015), sondern kann nur klammheimlich praktiziert werden; und erst recht werden sub-inkrementalistische Entscheidungspraktiken wie „Aussitzen“ verdächtigt, einfach nur Planungsverweigerung aufgrund von „inertia“ (Dror, 1964) zu sein. In nichts zeigt sich der politische Gestaltungsanspruch stärker als in diesem Planungsimperativ. Dabei war bereits der Beginn des zweiten Anlaufs zur deutschen „Energiewende“ – der Wiedereinstieg in den schon einmal von der vorherigen rot-grünen Bundesregierung in Angriff und dann von der schwarz-gelben wieder zurückgenommenen Ausstieg aus der Kernenergie, den die Bundeskanzlerin urplötzlich nach dem Unfall in Fukushima vollzog – alles andere als planvoll. Selbst wenn sie oder die Bundesregierung schon längst nach reiflichem Überlegen insgeheim beschlossen hätte, was dann in die Tat umgesetzt wurde, wäre der Start des Ganzen nichts als das Ergreifen einer sich unvermutet zufällig bietenden Gelegenheit bzw. sich stellenden Zwangslage gewesen: Improvisation. Planung sieht anders aus.

Die vorgestellte sozialtheoretische Dimensionierung von Komplexität kann nun in eine Betrachtung grundlegender Charakteristika der westlichen Moderne eingebettet werden: Wie stellt sich in dieser gesellschaftlichen Formation die Komplexität großangelegter politischer Gestaltungsvorhaben wie der „Energiewende“ dar? Ich kann hier nur sehr selektiv vorgehen, was aber genügt, um den Duktus und Erkenntnisbeitrag einer solchen gesellschaftstheoretischen Herangehensweise zu verdeutlichen, und werde dazu die vier relevanten Theorie-Familien, teilweise auch kombiniert miteinander, heranziehen: Differenzierungs-, Kapitalismus-, Ungleichheits- und Kulturtheorien (Schimank, 2013; 2015b).

4 Funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft

Aus einem Verständnis der westlichen Moderne als funktional differenzierter gesellschaftlicher Ordnung (Schimank, 1996; 2013, S. 37-76) sind die explizitesten neueren Thematisierungen politischer Gesellschaftsgestaltung hervorgegangen. Funktionale

Differenzierung bedeutet, dass Gesellschaft ein Ensemble von etwa einem Dutzend „Wertsphären“ (Weber, 1919) bildet, die alle an einem jeweils anderen selbstzweckhaft verabsolutierten Leitwert ausgerichtet sind und in denen eine entsprechende Leistungsproduktion betrieben wird – so etwa die Wissenschaft als eine an Wahrheit orientierte Erkenntnisproduktion im Unterschied zum Recht als einer Konflikte über die Rechtmäßigkeit bestimmten Handelns bearbeitenden Sphäre. Da gesellschaftliche Geschehnisse fast immer in mehreren, oft in vielen oder sogar allen „Wertsphären“ relevant sind, schafft funktionale Differenzierung eine „polykontexturale“ Gesellschaft. So hat die „Energiewende“ wirtschaftliche, politische, rechtliche, wissenschaftliche, journalistische, aber auch noch medizinische sowie im Bildungswesen relevante, vielleicht sogar religiöse Seiten. Die aufeinander treffenden Protagonisten verschiedener Leitwerte und Leistungsproduktionen – Rollenträger wie z. B. Richter und Organisationen wie z. B. Forschungsinstitute – sind in ihrem Erleben und Handeln jeweils in ihrer „Wertsphäre“ gefangen und entsprechend verständnislos dafür, dass Protagonisten anderer „Wertsphären“ andere Relevanzen an das Geschehen priorisieren. Hinzu kommt, dass die Abnehmer der jeweiligen sphärenspezifischen Leistungen auf ihre jeweiligen Prioritäten pochen: Haushalte beispielsweise wollen bezahlbaren Strom, rechtliche Fragen der Trassenführung interessieren sie erst einmal genauso wenig wie wissenschaftliche Fragen der Effizienz bestimmter Energiegewinnungsverfahren. Funktionale Differenzierung institutionalisiert also Identitäts- und Anspruchskonflikte in Gestalt eines „Polytheismus“ (Weber, 1919, S. 27-28) von „Wertsphären“. Diese unaufhörliche fundamentale Konflikthaftigkeit ist der Preis dafür, dass funktionale Differenzierung in jeder „Wertsphäre“ zuvor unvorstellbare Spezialisierungsgewinne bei der Effektivität und Effizienz der produzierten Leistungen hervorgebracht hat.

Politik – mit dem Staat als Zentrum – ist einerseits eine „Wertsphäre“ neben anderen, auf Machterhalt und -steigerung als Leitwert ihrer Protagonisten hin ausgerichtet. Andererseits können Politikerinnen und Regierungen ihre politische Macht in der Moderne – insbesondere unter Bedingungen von Demokratie, was noch zur Sprache kommen wird – nur dann behalten, wenn die von ihnen betriebenen Maßnahmen politischer Gesellschaftsgestaltung als legitim angesehen werden. Das geht damit einher, dass Politik u. a. überall dort einspringen muss, wo es die gesellschaftliche Integration gefährdende Probleme zwischen Sphären sowie zwischen Leistungsproduzenten und -abnehmern einer Sphäre gibt und diese Probleme nicht von den Beteiligten selbst bewältigt werden können. Die Politik stellt so gesamtgesellschaftlich das dar, was im Fußball früher einmal der „Ausputzer“ war. Diese Analogie spricht bereits aus, dass Planvolles von der Politik zumeist nicht erwartet werden kann. Man kann zufrieden mit ihr sein, wenn sie als „Krisenmanager“, wie Helmut Schmidt das offensiv vertreten hat, halbwegs funktioniert.

Mit Niklas Luhmann (1981) lässt sich dieses Rollenverständnis noch zuspitzen: Weil die unübertroffene Leistungsfähigkeit funktionaler Differenzierung auf der Selbstreferentialität der sphärenspezifischen Leistungsproduktionen beruht, also auf hochgradiger Autonomie der Leistungsproduzenten, darf Politik in den Kern dieses Produktionsgeschehens nicht intervenieren, weil sie es sachlich nicht versteht, sondern muss ihre Mitgestaltung der Leistungsproduktionen auf eine äußere Rahmung beschränken – was Helmut Willke (1983) „Kontextsteuerung“ nennt. Doch aus dem kulturell verankerten Imperativ planerischer Gesellschaftsgestaltung heraus gerät die Politik immer wieder unter Druck und in Versuchung, mehr als „Kontextsteuerung“ zu betreiben und

dann dilettantisch in die Selbstreferentialität von Leistungsproduktionen einzugreifen. Wenn die Bundesregierung bei der „Energiewende“ – wie behauptet wird – unter Missachtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte und wissenschaftlicher Erkenntnisse verfrühte Ausstiegsszenarien aus bestimmten fossilen Energien dekretiert, wäre das ein Beispiel für diese „Übergriffigkeit“. Die Politik bürdet sich dann diejenige sachliche Komplexität des gesellschaftlichen Geschehens auf, die durch funktionale Differenzierung eigentlich den darauf spezialisierten Leistungsproduzenten der jeweiligen anderen Sphären zur Bearbeitung aufgetragen wird. Zugleich zieht die Politik damit die soziale Komplexität in Gestalt von Widerstand der zuständigen Leistungsproduzenten auf sich. Zu einer solchen Ignoranz und Indifferenz gegenüber den Eigenlogiken der „Wertsphären“ neigt Politik umso eher, je ambitionierter ein Gestaltungsvorhaben angelegt ist – und sei es unter dem Druck von Zeitknappheit, dass endlich etwas geschehen müsse. Die „Energiewende“ ist prädisponiert für eine derartige politische Selbstüberschätzung. Die differenzierungstheoretische Perspektive sensibilisiert hier dafür, auf Verdachtsmomente zu achten.

Richtet man nun den Blick auf die kapitalistische Wirtschaft, die in gängigen differenzierungstheoretischen Betrachtungen als eine der „Wertsphären“ neben anderen eingestuft wird, lässt sich auch ohne marxistische Prämissen, sondern differenzierungstheoretisch eine komplexere Sichtweise begründen: Die kapitalistische Wirtschaft stellt die gesamtgesellschaftlich dominante Sphäre der Moderne dar – mit weitreichenden Folgen für alle anderen Sphären und für Politik im Besonderen (Schimank, 2009a; 2015a). Denn nur in der kapitalistischen Wirtschaft gibt es eine mehr als kostendeckende Leistungsproduktion, die nicht nur Profite erwirtschaftet, sondern auch noch eine Abschöpfung von Steuern erlaubt, mit deren Hilfe auf die eine oder andere Weise große Segmente der meisten anderen „Wertsphären“ staatlich finanziert werden. Der „Steuerstaat“ (Schumpeter, 1918) als unerlässliche Ressourcengrundlage funktionaler Differenzierung steht und fällt in seinen politischen Möglichkeiten der Gesellschaftsgestaltung mit der wirtschaftlichen Konjunktur. Läuft die Wirtschaft wie im „golden age“ (Hobsbawm, 1994, S. 324-362), lassen sich, gleichsam als Kollateralnutzen, die staatlich finanzierten nicht-wirtschaftlichen Leistungsproduktionen wie u. a. Gesundheit, Bildung, öffentlich-rechtlicher Journalismus oder die sozialstaatliche Absicherung von Arbeitsmarktrisiken großzügig ausbauen. Seit Mitte der 1970er Jahre hingegen lastet aufgrund geringerer Steuereinnahmen und gewachsener sozialstaatlicher Leistungsansprüche Ökonomisierungsdruck auf allen im weitesten Sinne wohlfahrtsstaatlichen Leistungsproduktionen (Schimank & Volkmann, 2017): Sparzwänge, insbesondere die Vermeidung finanzieller Verluste, setzen den Entfaltungsmöglichkeiten der Leistungsproduktionen gemäß deren jeweiligen Eigenlogiken enge Grenzen; und staatliche Geldgeber müssen als Sparkommissare auftreten, die den von der Wirtschaft ausgehenden Ökonomisierungsdruck vollstrecken.

Die kapitalismustheoretische Akzentuierung der Differenzierungstheorie weist darauf hin, dass der Ökonomisierungsdruck nicht einfach ignoriert werden kann. Denn er geht aus einem nicht-kontingenten Strukturmerkmal funktionaler Differenzierung hervor: Der Ausdifferenzierung von Wirtschaft als kapitalistischer Profitverfolgung. Wie bei den anderen „Wertsphären“ auch hat diese Ausdifferenzierung eine unübertroffen effiziente und effektive wirtschaftliche Leistungsproduktion erzeugt, die niemand missen will – aber um den Preis eines politischen Gestaltungsbemühungen immer wieder stark restringierenden Ökonomisierungsdrucks. Auch und gerade gesellschaftspoliti-

sche Großvorhaben wie die „Energiewende“ finden unter solchen Auspizien statt. Selbst wenn deren Finanzierung gar nicht durch Steuern erfolgt, sondern die Kosten z. B. auf den von den Verbrauchern zu zahlenden Strom- oder Benzinpreis aufgeschlagen werden, rettet sich der „Steuerstaat“ nur so, dass ein demokratisches Legitimationsproblem aufgeworfen wird: Die weithin empfundene Ungerechtigkeit einer spürbaren Mehrbelastung der „kleinen Leute“, während der Großindustrie Ausnahmeregelungen geschenkt werden.

Drei Unterschiede dieser differenzierungstheoretischen zur marxistischen Perspektive sind hervorzuheben. Anders als machttheoretisch ansetzende marxistische Analysen wie etwa die von Ralph Miliband (1969) wird hier erstens, wie auch im strukturalistischen Marxismus (Poulantzas, 1968), auf Zwänge verwiesen, die in Formmerkmalen der westlichen Moderne angelegt sind und nicht einfach durch eine Veränderung politischer Kräfteverhältnisse beseitigt werden können. Umgekehrt heißt das: Das Lobbying für Kapitalinteressen ist nachrangig, wie kulturell hegemonial es auch sein und wie sehr es im Blickpunkt stehen mag. Der „Steuerstaats“-Mechanismus sorgt auch ohne jegliche rhetorische Unterstützung dafür, dass Profitimperative politisch Geltung erlangen. Zweitens wird die Variabilität des Ökonomisierungsdrucks ernst genommen. Wenn es der Wirtschaft gut geht und sie – dazu später mehr – sich der Besteuerung nicht entziehen kann, gibt es auch Phasen, in denen die kapitalistische Seite funktionaler Differenzierung kaum spürbar ist. Dass alles für alle fortwährend schlechter wird, stimmt jedenfalls nicht; und deshalb lohnt es sich, Bedingungsfaktoren zu eruieren, von denen es abhängt, wie viel den Unternehmen politisch abverlangt werden kann. Drittens schließlich fällt die Kapitalismuskritik ambivalenter aus. An die Stelle einer pauschalen Kapitalismusablehnung tritt eine gemischte Bilanz. Wenn die Abnehmer der wirtschaftlichen Leistungsproduktion offenkundig nicht darauf verzichten wollen, was nur mit einer kapitalistischen Wirtschaft zu haben ist, müssen sie abwägen, welche Mängel und Risiken sie dafür in Kauf zu nehmen bereit sind. Zudem sieht man mittlerweile auch deutlich, dass es in bestimmtem Maße sogar einen „grünen“, seine Profite mit der Sorge um ökologische Nachhaltigkeit machenden Kapitalismus geben kann.

In Termini gesellschaftlicher Komplexität formuliert: Die kapitalistische Wirtschaft setzt politischer Gesellschaftsgestaltung in der Sozialdimension harte Limitationen – die allerdings in dieser Dimension nicht greifbar sind, weil „die Wirtschaft“ kein Akteur ist, und daher als Limitationen in der Sachdimension in Gestalt von Geldmangel daherkommen. Was wirtschaftlich profitschädigend ist, ist schnell politisch ruinös. Erschwerend kommt bei der „Energiewende“ hinzu, dass einige radikale Propagandisten diese als Teil einer Transformation zu „Postwachstumsgesellschaften“ sehen (Seidl & Zahrdt, 2010). Ob die kapitalistische Wirtschaft ein solches Experiment aushielte, lässt sich bezweifeln (Binswanger, 2006); schon Wachstumsreduktionen ließen den „Steuerstaat“ noch mehr unter Ökonomisierungsdruck geraten.

5 Demokratische Legitimität

In der westlichen Moderne unterliegt die Politik, zugleich mit den Zwängen des „Steuerstaats“, weiterhin einem kulturell hegemonialen Modell demokratischer als einzig legitimer Herrschaft. Hier ist zentral die Sozialdimension der Komplexität politischen Entscheidens angesprochen. Demokratie als Randbedingung staatlicher Gesellschafts-

gestaltung war politischen Praktikern immer schon sehr präsent, wurde aber dennoch lange Zeit in gesellschafts- und staatstheoretischen Debatten über politische Planung, Steuerung und Governance ziemlich vernachlässigt – wohl deshalb, weil die Debatten von zwei unschwelligen Annahmen ausgingen:

- der „technokratischen“ Annahme, dass vorrangig fachliche Expertise gestaltungsleitend sein sollte und dann schon durch ihr Ergebnis überzeugen werde,
- und der „paternalistischen“ Annahme, dass die Spitzen der etablierten Interessenorganisationen und Regierungsparteien Gesellschaftsgestaltung in kleinen Zirkeln wie etwa korporatistischen Verhandlungsgremien aushandeln sollten, weil so schnellere und bessere Resultate erzielt werden könnten, die dann wiederum für sich sprechen würden.

Je für sich und zusammengekommen verkürzen „Technokratie“ und „Paternalismus“ politische Legitimität auf Output-Legitimität (Scharpf, 1972), wie sie auch ein Diktator mit geschicktem „Give the people what they want“ erzielen könnte.

Spätestens die „Bürgerinitiativbewegung“ (Mayer-Tasch, 1976) seit Ende der 1960er Jahre hat vorgeführt, dass dies vielen Bürgern in westlichen Demokratien nicht reicht. Es wird immer schwieriger, politische Gesellschaftsgestaltung so zu betreiben, dass sämtliche der zahlreichen Interessenstandpunkte, die es aufgrund ihrer Einflussstärke zu berücksichtigen gilt, angemessen bedient werden. Irgendwer, der z. B. auch über den Rechtsweg stören und blockieren kann, sieht so gut wie immer die „Output-Legitimität“ aus seiner Sicht als nicht gegeben an – und sei es wegen eines engstirnigen Insistierens auf höchst partikularen, freilich individuell wichtigen Interessen wie etwa dem am Wiederverkaufswert des eigenen Hauses. Sofern Interessen darüber hinaus eine Tiefenverankerung in Identitätsansprüchen haben, wird es noch schwieriger, weil damit die Kompromissfähigkeit sinkt und eine „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“-Haltung zu Ultimativen neigt – siehe etwa Öko-Fundamentalisten, die eine Lebensführung des rigorosen Verzichts zugunsten der Natur propagieren und für die eine „Energiewende“ folglich vor allem im Einsparen von Energie z. B. durch das Verbot oder zumindest die starke moralische Ächtung von Urlaubs-Flugreisen oder der innerstädtischen Nutzung des Autos besteht.

Hinzu kommt, dass – wiederum sowohl in Interessen als auch in Identitäten begründet – eine reine „Output-Legitimität“ oft nicht ausreicht. Es bedarf vielmehr zusätzlich einer hinreichenden „Input-“, „Throughput“- und „Polity-Legitimität“ (Fritzsche & Vogler, 2018): Die Gestaltungsbetroffenen wollen an den relevanten Entscheidungen beteiligt werden; diese Entscheidungen müssen prozedural als ergebnisoffen und fair wahrgenommen werden; und eine Basisloyalität gegenüber den politischen Institutionen muss vorhanden sein. Nur unter diesen Zusatzbedingungen nehmen gerade diejenigen, die von getroffenen Entscheidungen substantiell enttäuscht werden, auf deren Seite also keine „Output-Legitimität“ erreicht wird, die Entscheidungen schließlich, wie unzufrieden im Einzelfall auch immer, hin.

Hinsichtlich der diesen Legitimitätsanforderungen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen und Dynamiken ist zunächst kulturtheoretisch auf die „silent revolution“ (Inglehart, 1977) in Richtung „postmaterialistischer“ Wertorientierungen hinzuweisen, an denen ja erstaunlicherweise auch ein erheblicher Teil derjenigen festhält, deren wirtschaftliche Lage anderes vermuten ließe. Partizipation als Eigenwert – anstelle einer früheren Delegation eigener Interessen an organisierte Fürsprecher – hat

sich festgesetzt; das demonstrieren mittlerweile sogar die ansonsten demokratisch unerfreulichen rechtspopulistischen Bewegungen. Aus differenzierungstheoretischer Sicht ist dies in der Sozialdimension mit einem „Aufstand des Publikums“ (Gerhards, 2001), also der Infragestellung von Experten der verschiedensten teilsystemspezifischen Leistungsproduktionen, sowie in der Sachdimension mit einer – wie es in den Debatten über „Unregierbarkeit“ (Schäfer, 2009) hieß – „Anspruchsinflation“ (Luhmann, 1983) hinsichtlich der Qualität und Quantität der bereitgestellten Leistungen einhergegangen. Dabei wird allerdings oft eine lineare Zwangsläufigkeit und Unumkehrbarkeit suggeriert, wo genauere Bedingungsfaktoren dafür spezifiziert werden müssten, wann und wo die Leistungsempfänger des Wohlfahrtsstaats mehr und Besseres sowie Mitentscheidungsrechte verlangen. Ungleichheits- und kapitalismustheoretisch ist schließlich zu fragen, ob die wachsende Attraktivität „postmaterialistischer“ Werte nicht mit einer Polarisierung dergestalt einhergeht, dass wirtschaftlich Abgehängte oder sich prekär Vorkommende zunehmend aggressiv dagegenhalten (Schimank, 2018). Denen erscheint die „Energiewende“ als Luxus zur Behebung der Befindlichkeitsstörungen abgehobener saturierter Kreise, der aber die „kleinen Leute“ dringend benötigte Arbeitsplätze etwa im Braunkohletagebau kostet sowie ihnen höhere Lebenshaltungskosten u. a. in Gestalt der schon erwähnten steigenden Benzin- oder Stromkosten auferlegt.⁵

6 Nationalstaaten unter Globalisierungsdruck

Nur noch ganz kurz zu Globalisierung als Faktor, der gesellschaftstheoretisch seit Mitte der 1970er Jahre als wieder wirkmächtig geworden zu veranschlagen und hier insbesondere als Limitation nationalstaatlicher Gesellschaftsgestaltung in der Sozialdimension von Entscheidungskomplexität anzusprechen ist (McGrew, 2000): Was können Nationalstaaten als Repräsentanten von Nationalgesellschaften tun, wenn zum einen viele politische Gestaltungsprobleme nationalstaatliche Grenzen überschreiten und zum anderen insbesondere Großunternehmen mit der „exit“-Option drohen, sobald die Gestaltungsmaßnahmen ihren Interessen zuwiderlaufen? Die Glaubhaftigkeit dieser Drohung ist im weltweiten Kapitalismus seit den 1970er Jahren aus vielerlei Gründen gestiegen, die von verkehrs- und kommunikationstechnologischen Fortschritten bis zu Qualifikationssteigerungen der Arbeitskräfte in zahlreichen Ländern des globalen Südens reichen.⁶

Beide Gesichtspunkte – grenzüberschreitende Probleme ebenso wie abwanderungsfähige Unternehmen – motivieren gleichermaßen zu supranationalen politischen Gestaltungsaktivitäten. Doch der Nationalstaat ist bis heute der größte dauerhafte Zusammenschluss kollektiver Handlungs- und damit gesellschaftlicher Selbstgestaltungsfähigkeit. Der differenzierungstheoretische Vergleich der „Wertsphären“ zeigt, dass politische Gestaltungsfähigkeit, anders als z. B. wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt oder religiöse Glaubenspraxis, einer räumlichen Komplexitätsreduktion durch Außengrenzen bedarf (Schimank, 2005a). Supranationale Gebilde wie die UNO und ihre Unterorganisationen sind nur Verhandlungsarenen, die noch dazu durch wenige mächtige Vetospieler stark blockiert werden können. Selbst die EU – das wohl einzige global bedeutsame Beispiel eines zumindest partiellen supranationalen Akteurs – ist gerade eher dabei, erst kürzlich errungene Akteurkapazitäten wieder einzubüßen. Zu bedenken ist ferner, dass der Nationalstaat in vielen Weltregionen ein mehr oder weniger „failed state“ ist, dessen politische Gestaltungsfähigkeit im Sinne des erläuterten westlichen

Fortschrittsverständnisses nur auf dem Papier steht und oft lediglich als Deckmantel für die Bereicherung von Herrschercliquen einschließlich klientelistischer Begünstigung ihrer Unterstützer herhält. Damit fehlen für diese Regionen Verhandlungspartner für supranational abgesprochene politische Gestaltungsaktivitäten. All diese Limitationen fallen bei einem Gestaltungsgegenstand wie der „Energiewende“, die wie kaum ein anderer ein global verflochtenes Problemsyndrom darstellt, umso stärker ins Gewicht. Zwar können, entsprechende Energiequellen auf dem eigenen Territorium oder finanzielle Möglichkeiten der Energiebeschaffung aus dem Ausland vorausgesetzt, Nationalstaaten ihre „Energiewende“ auch im Alleingang vorantreiben; doch in dem Maße, in dem das nationale Klima vom Weltklima abhängt, bringen solche Alleingänge in dieser entscheidenden Hinsicht nicht viel.

7 Fazit

An diesem Punkt angelangt, könnte nun ein weiterer Konkretisierungsschritt erfolgen, der dann allmählich bei denjenigen Faktoren anlangt, die in empirisch am Fall ansetzenden Studien zur „Energiewende“ vorrangig abgehandelt werden. Dann kämen historisch und räumlich eingangs bereits angesprochene viel spezifischere Tatbestände in den Blick – etwa der deutsche Föderalismus mit seiner „Politikverflechtungsfälle“ (Scharpf, Reissert & Schnabel, 1976) im Vergleich zum schweizerischen oder kanadischen Föderalismus oder zum französischen Zentralstaat, das deutsche Verhältniswahlrecht im Unterschied zum britischen Mehrheitswahlrecht, die deutsche Verbändelandschaft mit ihren nach wie vor ausgeprägten korporatistischen Zügen im Vergleich zum US-amerikanischen Lobbyismus. Diese und weitere Faktoren charakterisieren insgesamt das Governance-Regime, in dem die „Energiewende“ zu bewerkstelligen ist und das bestimmte Governance-Praktiken zulässt, nahelegt oder unterbindet. Beispielsweise dürfte es die aktuell u. a. in der Umweltpolitik propagierte „reflexive governance“ (Feindt & Weiland, 2018) mit ihrem Akzent auf Lernfähigkeit in den Governance-Regimen vieler Länder, Deutschland inbegriffen, schwer haben.

Derartige Variablen kommen in den anderen Beiträgen des Themenschwerpunkts gebührend zur Sprache. Was ich hier im Schnelldurchgang ins Gespräch bringen wollte, sind analytisch vorgelagerte, solche historisch und räumlich spezifischeren Faktoren rahmende höher generalisierte sozial- und gesellschaftstheoretische Faktoren, die aus Grundzügen der westlichen Moderne – Fortschrittskultur, funktionale Differenzierung, Kapitalismus und dominant arbeitsmarktvermittelte Ungleichheiten – sowie deren gegenwärtigen Ausformungen, wovon hier nur pars pro toto Globalisierung angesprochen wurde, hervorgehen. Auch wenn diese Faktoren ebenfalls eine gewisse nationale Varianz aufweisen, handelt es sich doch in stärkerem Maße als bei den spezifischeren Faktoren um Gemeinsamkeiten der westlichen Moderne. In dem Maße, in dem sie nicht variieren, sondern länderübergreifend konstant sind, lassen sie sich freilich nicht zur Erklärung nationaler Unterschiede der Energiepolitiken heranziehen, weil aus Gemeinsamkeiten keine Differenzen herleitbar sind. Dieser Tatbestand erklärt vermutlich, warum diese sozial- und gesellschaftstheoretischen Faktoren in den heutzutage stark auf Ländervergleiche setzenden politikwissenschaftlichen Herangehensweisen an Phänomene wie die „Energiewende“ kaum vorkommen. In diesem Unterschied der Herangehensweisen liegt aber eine Komplementarität begründet, die sich wie folgt auf den

Punkt bringen lässt: Während politikwissenschaftliche Studien typischerweise erklären, warum die „Energiewende“ in verschiedenen Ländern *unterschiedlich* schwierig ist, erklären die hier angestellten sozial- und gesellschaftstheoretischen Überlegungen, warum die „Energiewende“ *überall* schwierig ist. Diese Charakterisierung beider Betrachtungsweisen zeigt: Die politikwissenschaftlichen Studien setzen, zumeist stillschweigend oder gar nichtsahnend, die sozial- und gesellschaftstheoretischen Erwägungen als Basis voraus; und Letztere müssten – was sie aber meistens nicht tun – auf Erstere als folgerichtigen nächsten Schritt in Richtung größerer Realitätsnähe verweisen.

Es ist somit wichtig, sich auch die angesprochenen Grundzüge der modernen Gesellschaft und die darin angelegten Komplexitätsprobleme politischen Entscheidens vor Augen zu führen. Der gleichsam eingebauten Voreinstellung dieser Betrachtungsweise sollte man sich freilich stets bewusst sein: Sie neigt zu einer Gestaltungsskepsis, weil sie vor allem darauf hinweist, was alles nicht oder kaum zielgerichtet gestaltbar ist. Das mag manchmal vorschnell entmutigen. Es ist freilich auch ein Korrektiv gegen einen hemdsärmeligen Gestaltungsoptimismus, wie er immer wieder von Politikern und manchen ihrer Berater an den Tag gelegt wird.

Anmerkungen

- * Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden ausschließlich das männliche Genus verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich jeweils eingeschlossen.
 - ◆ Ich bedanke mich bei den beiden anonymen Gutachtern und den Herausgebern für zahlreiche Hinweise, die mir geholfen haben, meine Argumentation zu schärfen.
- 1 Der „Gelbwesten“-Protest in Frankreich zeigt, wie schnell diese Legitimität entzogen werden kann, wenn staatliche Maßnahmen die Rechnung präsentieren.
 - 2 Im Weiteren wird die Unterscheidung von Sozial- und Gesellschaftstheorie im Anschluss an Niklas Luhmann (1984, S. 15-18) und Gesa Lindemann (2009, S. 19-26) zugrunde gelegt. Sozialtheorie stellt Perspektiven, Konzepte und Modelle bereit, die auf jegliche Art sozialen Geschehens von der flüchtigen face-to-face Interaktion bis zu globalen geopolitischen Konstellationen anwendbar sind, während sich Gesellschaftstheorie spezifischer mit Gesellschaft – insbesondere der modernen Gesellschaft – als größtem sozialen Gebilde befasst.
 - 3 Dieser Abschnitt basiert auf Uwe Schimank (2005b).
 - 4 Die Themenschwerpunkte der Beiträge dieses Schwerpunkts belegen dies eindrucksvoll: Die Sachdimension kommt kaum einmal zur Sprache, die Zeitdimension nur als Verschärfung dessen, was in der Sozialdimension Komplexität ausmacht.
 - 5 Anzusprechen wäre ungleichheitstheoretisch auch noch, wie sich die „Energiewende“ – die ja, wenn sie etwas bringen soll, global passieren muss – auf die globale Ungleichheit auswirkt, und welche Widerstände im globalen Süden gegen etliche im Norden als unumgänglich angesehene Maßnahmen aufkommen dürften.
 - 6 Torben Iversen und David Soskice (2019) bestreiten diese „exit“-Option zumindest derjenigen Unternehmen, die in den technologisch anspruchsvollen Branchen angesiedelt sind. Hier ist nicht der Ort, um sich mit ihrer vielschichtigen Argumentation auseinanderzusetzen.

Literatur

- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Benz, Arthur (2001). *Der moderne Staat*. München: Oldenbourg.
- Binswanger, Hans Christoph (2006). *Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses*. Marburg: Metropolis.

- Buchanan, James M. & Tullock, Gordon (1962). *The Calculus of Consent – Logical Foundations of Constitutional Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Czada, Roland (2016). Planen und Entscheiden als Steuerungsaufgabe und Interaktionsproblem. In Georg Kamp (Hrsg.), *Langfristiges Planen. Zur Bedeutung sozialer und kognitiver Ressourcen für nachhaltiges Handeln* (S. 215-249). Wiesbaden: Springer.
- Danken, Thomas, Dribbisch, Katrin & Lange, Anne (2016). Studying Wicked Problems Forty Years On: Towards a Synthesis of a Fragmented Debate. *dms – der moderne staat*, 9 (1), 15-33.
- Downs, Anthony (1966). *Inside Bureaucracy*. Boston: Little, Brown and Co.
- Dror, Yehezkel (1964). Muddling Through – „Science“ or Inertia? In Amitai Etzioni (Ed.), *Readings on Modern Organizations* (pp. 166-171). Englewood Cliffs, 1969: Prentice Hall.
- Eisenstadt, Samuel N. (1963). *The Political System of Empires*. New York: Free Press.
- Feindt, Peter H. & Weiland, Sabine (2018). Reflexive Governance: Exploring the Concept and Assessing Its Critical Potential for Sustainable Development. *Journal of Environmental Policy and Planning*, 20, 661-674.
- Fritzsche, Erik & Vogler, Anselm (2018). Braucht Demokratie Wirtschaftswachstum? In Tom Mannewitz (Hrsg.), *Die Demokratie und ihre Defekte* (S. 57-86). Wiesbaden: VS Verlag.
- Gerhards, Jürgen (2001). Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989. *Zeitschrift für Soziologie*, 30, 163-184.
- Glagow, Manfred (1984). Zur Delegation staatlicher Aufgaben im Umweltschutz an Selbstverwaltungskörperschaften: Die verordnete Selbststeuerung. In Manfred Glagow (Hrsg.), *Gesellschaftssteuerung zwischen Korporatismus und Subsidiarität* (S. 115-139). Bielefeld: AJZ.
- Hobsbawm, Eric (1994). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München, 1995: Hanser.
- Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Iversen, Torben & Soskice, David (2019). *Democracy and Prosperity. Reinventing Capitalism Through a Turbulent Century*. Princeton: Princeton University Press.
- Lindblom, Charles E. (1959). The Science of Muddling Through. *Public Administration Review*, 13, 79-88.
- Lindemann, Gesa (2009). *Das Soziale von seinen Grenzen her denken*. Weilerswist: Velbrück.
- Luhmann, Niklas (1969). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart, 1973: Enke. (2. Aufl.)
- Luhmann, Niklas (1981). *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog.
- Luhmann, Niklas (1983). Anspruchsinflation im Krankheitssystem. In Philipp Herder-Dorneich & Alexander Schuller (Hrsg.), *Die Anspruchsspirale. Schicksal oder Systemdefekt?* (S. 28-49). Stuttgart: Kohlhammer.
- Luhmann, Niklas (1984). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mayer-Tasch, Peter C. (1976). *Die Bürgerinitiativbewegung*. Reinbek: Rowohlt.
- McGrew, Anthony (2000). Power Shift: From National Government to Global Governance? In David Held (Ed.), *A Globalizing World? Culture, Economics, Politics* (pp. 128-167). London: Routledge.
- Mc Neill, John R. & Engelke, Peter (2013). Mensch und Umwelt im Zeitalter des Anthropozän. In Akira Iriye (Hrsg.), *Geschichte der Welt. 1945 bis heute* (S. 357-534). München: Beck.
- Meyer, John W. & Jepperson, Ronald L. (2000). The „Actors“ of Modern Society: The Cultural Construction of Social Agency. *Sociological Theory*, 18, 100-120.
- Miliband, Ralph (1969). *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*. Frankfurt/M., 1975: Suhrkamp.
- Münch, Richard (1986). *Die Kultur der Moderne* (2 Bde.). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nozick, Robert (1974). *Anarchy, State, and Utopia*. New York: Basic Books.
- Poulantzas, Nicos (1968). *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*. Frankfurt, 1975: Athenäum. (2. Aufl.)
- Rittel, Horst & Webber, Melvin (1973). Dilemmas in a General Theory of Planning. *Policy Sciences*, 4 (2), 155-169.

- Ronge, Volker (Hrsg.) (1980). *Am Staat vorbei – Politik der Selbstregulierung von Kapital und Arbeit*. Frankfurt/M.: Campus.
- Schäfer, Armin (2009). Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie. *dms – der moderne staat*, 2 (1), 159-183.
- Scharpf, Fritz W. (1972). *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg/Ts.: Scriptor.
- Scharpf, Fritz W., Reissert, Bernd & Schnabel, Fritz (1976). *Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik*. Kronberg/Ts.: Scriptor.
- Schimank, Uwe (1996). *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. Opladen: Leske + Budrich (UTB).
- Schimank, Uwe (2005a). Weltgesellschaft und Nationalgesellschaften: Funktionen von Staatsgrenzen. In Bettina Heintz, Richard Münch & Hartmann Tyrell (Hrsg.), *Weltgesellschaft – Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen* (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie) (S. 394-414). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schimank, Uwe (2005b). *Die Entscheidungsgesellschaft. Komplexität und Rationalität der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schimank, Uwe (2009a). Die Moderne: eine funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft. *Berliner Journal für Soziologie*, 19, 327-351.
- Schimank, Uwe (2009b). „Vater Staat“: ein vorhersehbares Comeback. Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne. *dms – der moderne staat*, 2 (2), 249-270.
- Schimank, Uwe (2013). *Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Schimank, Uwe (2015a). Modernity as a functionally differentiated capitalist society: A general theoretical model. *European Journal of Social Theory*, 18, 413-430.
- Schimank, Uwe (2015b). Grundriss einer integrativen Theorie der modernen Gesellschaft. *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 4, 236-268.
- Schimank, Uwe (2018). Rechtspopulistische Mittelschichten als Gefährder gesellschaftlicher Ordnung. In Nadine M. Schöneck & Sabine Ritter (Hrsg.), *Die Mitte als Kampfzone – Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten* (S. 217-239). Bielefeld: Transcript.
- Schimank, Uwe & Volkmann, Ute (2017). *Das Regime der Konkurrenz – Gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute*. Weinheim/München: Beltz Juventa.
- Schimank, Uwe, Walter, Michael & Welbers, Lydia (2017). Zeitprobleme des Entscheidens: Kleinanleger auf dem Finanzmarkt. In Anna Henkel, Henning Laux & Fabian Anicker (Hrsg.), *Zeitschrift für Theoretische Soziologie – 4. Sonderband: Raum und Zeit* (S. 212-245). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schmitt, Stefan (2018). Bereit, sich zu verändern. *DIE ZEIT* 53/2018, 34.
- Schumpeter, Joseph A. (1918). Die Krise des Steuerstaats. In Rudolf Hickel (Hrsg.), *Die Finanzkrise des Steuerstaates* (S. 329-379). Frankfurt, 1976: Suhrkamp.
- Seidl, Irmi & Zahndt, Angelika (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis.
- Simon, Herbert A. (1946). *Administrative Behavior. A Study of Decision-Making Processes in Administrative Organization*. New York, 1976: Free Press.
- Weber, Max (1919). *Wissenschaft als Beruf*. Berlin, 1967: Duncker & Humblot.
- Wegrich, Kai (2015). Inkrementalismus in Zeiten neuer Rationalitätsversprechen. Eine notwendige Verteidigung. In Marian Döhler et al. (Hrsg.), *Der gut organisierte Staat. Festschrift für Werner Jann zum 65. Geburtstag* (S. 491-508). Baden-Baden: Nomos.
- Wildavsky, Aaron (1964). *Politics of the Budgetary Process*. Boston: Little, Brown.
- Willke, Helmut (1983). *Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozialen Steuerungstheorie*. Königstein/Ts.: Athenäum.

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Uwe Schimank, Universität Bremen, SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Mary-Somerville-Straße 9, 28359 Bremen,
E-Mail: uwe.schimank@uni-bremen.de